

Erläuterungen zur Tagesordnung des Bau- und Umweltausschusses am 25. April 2018

TOP 1

Bericht des Bürgermeisters

TOP 2

Vorberatung zur Erweiterung und Nutzungsänderung des Schleusengehöfts

Mit Vorbescheid vom 09.04.2018 hat die Bauaufsichtsbehörde für die Erweiterung und Nutzungsänderung des Schleusengehöfts in vier möglichen Varianten eine Baugenehmigung in Aussicht gestellt.

Zur Erinnerung nachstehend ein Auszug aus der Gemeinderatssitzung am 07.02.2018, in der die Bauvoranfrage behandelt wurde:

„Als Ergebnis der verschiedenen Besprechungen im Rahmen des ISEK hat die Lenkungsgruppe vorgeschlagen, eine Bauvoranfrage zu stellen, um die Realisierbarkeit verschiedener Gestaltungsvarianten überprüfen zu lassen. Die Unterlagen hierzu lagen zu den Fraktionssitzungen vor.

Bei dem Vorhaben (Fl. Nr. 1330/4) handelt es sich um ein ehemaliges Schleusengehöft, bestehend aus einem Büro und Wohngebäude mit Lager- und Werkstattgebäude. Das Büro- und Wohngebäude wurde bis 2005 als Wohnraum genutzt.

Der WSC Seligenstadt nutzt die restlichen Gebäude als Vereinsheim und Werkstättegebäude mit Nebenräumen seit 1972.

Das Dach des Wohngebäudes wurde 2013/2014 saniert.

Das Vorhaben liegt im Außenbereich. Die Erschließung ist gesichert.

Gemeinderat Roland Merget sieht diese Vorgehensweise problematisch, da die Planentwürfe noch nicht im Gemeinderat vorgestellt und diskutiert worden waren. Durch eine genehmigte Bauvoranfrage würden evtl. (falsche) Hoffnungen genährt.

Die SPD würde laut Gemeinderat Gunther ter Bahne ihre Zustimmung geben unter der Maßgabe, dass keine der Varianten präferiert wird. Durch die Voranfrage soll lediglich die technische Machbarkeit geprüft werden.

Gemeinderätin Andrea Kersten spricht sich klar dafür aus, eine offizielle Bauvoranfrage zu stellen.

Die Gemeinderäte Stephanie Herzog und Uwe Lill weisen auf den Sinn und Zweck des ISEK hin. Demnach sind die von den Bürgern entwickelten Ideen zunächst im Gemeinderat zu diskutieren.

Gemeinderat Hans-Joachim Lange ist dafür, zunächst eine Bauvoranfrage einzureichen. Nach dem eine Entscheidung der Baugenehmigungsbehörde vorliegt, soll die ISEK Lenkungsgruppe die Ergebnisse im Gemeinderat vorstellen.

Der Gemeinderat beschließt, dass für die vorliegenden Pläne ein Antrag auf Vorbescheid gestellt wird, wobei keine der einzelnen Varianten favorisiert wird. Der Bescheid des Landratsamtes soll keine präjudizierende Wirkung auf die endgültige Festlegung durch den Gemeinderat entfalten. Unter dieser Voraussetzung wird das gemeindliche Einvernehmen in Aussicht gestellt.“

Nun gilt es, dass sich der Bau- und Umweltausschuss mit den Varianten noch einmal befasst und dem Gemeinderat eine entsprechende Empfehlung gibt (einige Unterlagen aus den Antragsunterlagen sind den Erläuterungen beigelegt bzw. wurden per Mail am 18.04.2018 versandt).

Zur Sitzung wird auch Herr Klaus Heim, „Architektur + Städteplanung“ aus Hanau, anwesend sein. Das Planungsbüro Werneke, das ebenfalls mit dem ISEK betraut ist, ist leider verhindert.

TOP 3

Antrag der FDP auf Prüfung der Nutzung des Rathausinnenhofs

Mit Schreiben vom 14.02.2018 stellt die FDP Karlstein folgenden Antrag:

„(...) ist mir zunehmend aufgefallen, dass der Rathausinnenhof als Parkplatz genutzt wird. Ich beantrage deshalb die Prüfung, ob die Parkplätze rund um das Rathaus (Parkmöglichkeiten am Parkplatz und an der Straße) ausreichend sind. Meiner Meinung nach ist das so und der Rathaushof wird nur aus Bequemlichkeit umfunktioniert. Sollte sich meine Meinung bewahrheiten, beantrage ich den Rathaushof, mit entsprechenden Maßnahmen, seiner ursprünglichen Funktion zur Fußgängernutzung rückzuführen. Eine Sondergenehmigung soll natürlich weiterhin für die Fahrzeuge der Seniorentagesstätte gelten. (...)“

Auszug aus dem Protokoll der Klausurtagung des Gemeinderats vom 03.03.2018:

„Rathausinnenhof als Parkplatz?

Von der FDP-Fraktion wird die inzwischen immer mehr zunehmende Nutzung des Rathausinnenhofes als Parkplatz angesprochen. Die Zufahrt in den Rathausinnenhof ist eigentlich nur für Berechtigte erlaubt. Dies sind vor allen Dingen die beiden Transportfahrzeuge der Seniorentagesstätte.

Es kommt der Vorschlag, Poller zum Umklappen oder Versenken einzubauen.

Man solle eine elektrische Schranke wegen der Zufahrtmöglichkeit für Paketdienste zum Rathaus nicht außer Acht lassen.

Fazit:

Der Rathausinnenhof muss wieder autofrei werden. Konkrete Regelung offen.

Soll Bürgermeister mit Ordnungsamt der Gemeinde abklären.“

Anmerkung der Verwaltung:

Es kommt schon vor, dass z.B. Lieferanten oder Monteure ihr Fahrzeug vorübergehend im Parkplatzhof abstellen. „Dauerparker“ können wir derzeit nicht registrieren. An der Zufahrt zum Rathausinnenhof befindet sich bereits ein Schild "Zufahrt nur für Berechtigte", eine weitergehende Regelung ist aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich. Sollten sich vereinzelte Personen nicht an diese Regelung halten, so kann dies im persönlichen Gespräch geklärt werden. Der Bürgermeister bzw. die Verwaltung hat die Möglichkeit, das Hausrecht auszuüben, da es sich um keine öffentliche Straße handelt.

TOP 4 **Bauanträge**

Die eingegangenen Bauanträge liegen zur Sitzung vor.